

Prof. Dr. David Engels

.....

.....

Polska

Herrn
Joachim Kuhs
Parlement européen
Bât. Altiero Spinelli 06F154
rue Wiertz 60
1047 Bruxelles
Belgique

Warschau, den 9.5.2020

G u t a c h t e n

zu den strategischen Grundlagen einer engeren Zusammenarbeit
zwischen der ID- und EKR-Fraktion im Europäischen Parlament

unter besonderer Berücksichtigung der
Verhältnisse zwischen AfD und PiS

1. Aufgabenstellung

Ziel des vorliegenden Gutachtens ist es, im Auftrag der Europaparlamentsfraktion „Identität und Demokratie“ (ID) die Beziehungen zwischen der ID-Fraktion und der EKR-Fraktion, beleuchtet am Beispiel der AfD und der polnischen Regierungspartei PiS, näher zu untersuchen und dabei nicht nur die tieferliegenden Gründe der gegenwärtigen Distanz, sondern auch strategische Optionen zur Verbesserung der Beziehungen zu skizzieren.

In der Tat kommt es in den nächsten Jahren angesichts der zu erwartenden Folgen der Coronavirus-Krise sowie der weitreichenden Pläne einer grundlegenden EU-Reform mehr denn je darauf an, Konsens und Zusammenarbeit zwischen den konservativen politischen Kräften überall in Europa zu stärken. Doch finden sich die diesbezüglichen Parteien nicht nur formal über drei größere Fraktionen innerhalb des EU-Parlaments verteilt (ID, EKR, EVP), sondern scheinen sich auch eher auf ihre inhaltlichen Differenzen als auf ihre Übereinstimmungen zu konzentrieren. Dies ist besonders betrüblich, wenn es um das Verhältnis zwischen der AfD, der größten Oppositionspartei des größten EU-Mitgliedsstaats, und der PiS, der Regierungspartei des größten konservativ geführten EU-Mitgliedsstaats, geht.

Dabei beruht nur ein Teil dieser Differenzen auf tatsächlichen inhaltlichen Divergenzen, wie gezeigt werden soll: Die meisten der Punkte, welche Distanz und Verstimmung erzeugt haben, liegen eher in der Erinnerungspolitik beider Kräfte begründet und hätten wohl zur Zeit auch nur einen geringen unmittelbaren politischen Impakt, wenn jene Unterschiede nicht regelmäßig durch einige periphere Stimmen innerhalb der Parteien wie auch die meist feindlich eingestellten Massenmedien künstlich hochgespielt, ja manchmal erst erzeugt werden würden. Wäre es möglich, hier gerade auch auf der Ebene des kulturellen Gedächtnisses ein besseres gegenseitiges Verständnis zu erzielen, wäre ein erster und wohl auch wichtigster Schritt zur Schaffung eines einheitlichen konservativen Lagers innerhalb der gesamten EU getan und, wenn der Wählerwillen früher oder später günstig ausfallen sollte, die Grundlage gelegt für einen Umbau der europäischen Institutionen.

2. Vorgehen

Um ein repräsentatives Bild der gegenwärtigen Beziehungen zwischen der AfD und der PiS auf europäischer Ebene zu entwickeln, in denen sich viele der Probleme und Chancen der Beziehungen zwischen der ID und der EKR spiegeln, wurden in den letzten Wochen zahlreiche vertrauliche Gespräche geführt, die oftmals auch an Diskussionen anknüpfen konnten, die bereits vor Erteilung des Gutachten-Auftrags in anderen Kontexten geführt worden waren. Der Inhalt dieser Gespräche, zusammen mit persönlichen Studien, bietet die Grundlage für die folgenden Überlegungen, wobei aus Gründen der Diskretion davon abgesehen wurde, einzelne Aussagen oder Analysen einzelnen Gesprächspartnern zuzuschreiben, um vielmehr ein einheitliches und homogenes Bild liefern zu können, welches zur Grundlage für ein dementsprechendes politisches Handeln dienen kann.

Wichtigstes Element bei der Vorbereitung des Gutachtens war eine vom 2.-4. Februar 2020 zur Erfüllung des Auftrags unternommene Reise nach Berlin, bei der unter anderem folgende Gesprächspartner aufgesucht werden konnten:

-
-
-
-
-
-
-
-
-
- Ein in Berlin mit geplantes Gespräch mußte leider am Vortag krankheitsbedingt durch seinen Mitarbeiter abgesagt werden.

Eine weitere Reise nach Brüssel/Strasbourg, die im März stattfinden und hierbei vor allem den polnischen Gesprächspartnern gewidmet sein sollte, mußte leider aufgrund der Coronavirus-Pandemie abgesagt werden; einige der geplanten Gespräche konnten aber telephonisch geführt werden, so mit:

-
-
-

Im Umfeld der Arbeit am Gutachten wurden auch in Warschau mehrere relevante Gespräche geführt, so etwa mit:

-
-
-
-

Auch in Berlin konnten zu früheren Zeitpunkten zielführende Gespräche geführt werden, so mit:

-

Telephonisch konnten ebenfalls Gespräche geführt werden mit:

-
-
-

Gespräche mit folgenden Persönlichkeiten waren ebenfalls auf Basis eines elektronischen Austauschs geplant, konnten aber aufgrund der Coronavirus-Ausgangs- und Kontaktsperre nicht mehr durchgeführt werden; der Versuch, sie telephonisch zu führen, ließ sich bis Anfang Mai trotz mehrerer Versuche leider nicht in die Praxis umsetzen, könnte aber gegebenenfalls noch in eine mündliche Vorstellung des Gutachtens einfließen:

-
-
-
-
-
-

Das nachstehende Gutachten wird zunächst in einem ersten Schritt die politischen Übereinstimmungen zwischen EKR und ID bzw. PiS und AfD untersuchen, um danach die entsprechenden Divergenzen zu skizzieren. In einem weiteren Punkt soll dann das jeweilige machtpolitische Interesse der beiden Kräfte an einer engeren Zusammenarbeit behandelt werden, um hierauf aufbauend schließlich einige Vorschläge zur Verbesserung der Situation zu

entwickeln, bevor wesentliche Züge der vorgelegten Überlegungen dann in aller Kürze rekapituliert werden.

3. Politische Übereinstimmungen

Die Übereinstimmungen zwischen der ID und der EKR im allgemeinen und der AfD und der PiS im besonderen sind beachtlich und sollten bei allen weiteren Überlegungen und Verhandlungen, welche im Hinblick auf eine mögliche engere Zusammenarbeit hin gemacht werden können, stets in den Vordergrund gerückt werden.

Ein erster Punkt ist die Ablehnung der Aussicht, Europa mittel-bis langfristig **islamisiert** zu sehen, und das sowohl aufgrund der gegenwärtigen demographischen und migrationspolitischen Tendenzen wie auch der Tatsache, daß die einheimische Bevölkerung sich zunehmend weniger für ihre eigenen historischen und spirituellen Traditionen einzusetzen bereit scheint, so daß nicht etwa eine absolute, sondern nur eine relative Mehrheit überzeugter Muslime nötig ist, um die bisherige abendländische Dominanz im kulturellen Bereich zu brechen und an die Stelle der jüdisch-christlichen Zivilisation ein muslimisches Paradigma in Europa einzusetzen. An der islamischen Masseneinwanderung wird dabei meist nicht nur das prinzipielle Risiko einer kulturellen Übernahme kritisiert, sondern auch die befürchtete Verbindung dieser spezifischen Form von Einwanderung mit einem Anstieg von Kriminalität, Terrorismusgefahr, hohen Sozialkosten und Parallelgesellschaften.

Hieraus folgt dann eine allgemein skeptische Haltung gegenüber dem Gedanken der teils humanitär, teils volkswirtschaftlich-demographisch begründeten **Armutsmigration** nach Europa und die Forderung nach einer Umsetzung des australischen bzw. nordamerikanischen Modells oder doch zumindest einer weitgehende Beschränkung der Migration auf kulturaffine Länder wie etwa die Staaten Osteuropas, da hier eine langfristige Integration und schließlich auch Assimilation einfacher fällt als bei Menschen aus nicht-europäischen, vor allem islamischen Ländern. Eine andere, in beiden Parteien diskutierte Option zur Regelung der Migrationsfrage ist das verstärkte Interesse am japanischen Modell einer zunehmenden Nutzung künstlicher Intelligenz und Robotisierung.

Dies leitet zu einem weiteren gemeinsamen Punkt über, nämlich dem Wunsch, die **abendländische Kultur und Identität** zu verteidigen und wieder breitflächig als einen der wichtigsten Leitwerte der Politik zu etablieren. Dieser Wunsch befindet sich dabei in deutlichem Kontrast zu der One-World-Ideologie des gegenwärtigen „politisch korrekten“ Denkens und zum Ideal der „offenen“, multikulturellen Gesellschaft als dem ultimativen Ziel der ganz bewußt in die Wege geleiteten gesellschaftlichen Transformation der bislang kulturell weitgehend homogenen europäischen Staaten. Fraglich ist dabei natürlich, wie diese abendländische Kultur genau zu definieren ist, denn wenn auch auf seiten beider hier besprochener Parteien der Wunsch nach einem positiven Verhältnis zur historischen Identität Europas zu spüren ist, so bestehen doch einige zwar nicht unüberwindbare, aber doch wichtige Divergenzen in den Nuancen.

Ferner bedeutsam ist das positive Verhältnis beider Gruppierungen zum **Nationalstaat**, der angesichts der Gefahren von Globalisierung, der Einmischung internationaler Institutionen und schließlich der zunehmenden Gängelung der europäischen Staaten durch die EU zunehmend als eine Art letzte Bastion gegen den völligen inneren Zerfall betrachtet wird. Auch hier stehen beide Parteien ebenfalls wieder im Gegensatz zur heute vorherrschenden Ideologie, welche den Nationalstaat nur aus der Perspektive von Kolonialismus, Weltkriegen und Totalitarismus wertet und in der untrennbaren Verzahnung der Nationalstaaten einen Garanten für zwischenstaatlichen Frieden sieht.

Aus der Verteidigung der europäischen Identität und dem Risiko einer möglichen Minorisierung autochthoner Europäer durch die Immigrantengesellschaften wird dann auch eine dezidiert aktionistische **Familienpolitik** abgeleitet. Denn während die meisten „Altparteien“ die Ausfüllung der demographischen Lücke lieber den Einwanderern überlassen, die „Selbstverwirklichung“ des Einzelnen als höchstes Gut pflegen und auch eine sehr liberale Abtreibungspolitik befürworten, finden wir auf seiten der ID- und EKR-Fraktionen das Bestreben einer massiven Förderung von Kindern und Familien durch staatliche Zuwendungen, die Erweiterung der entsprechenden Betreuungseinrichtungen und eine restriktivere Abtreibungspolitik. Freilich stoßen wir auch hier auf eine weitere Divergenz, denn wenn die Ablehnung der Abtreibung für die einen, hierbei vor allem die PiS, eine meist religiös begründete moralische Prinzipiensache ist, entspringt sie bei den anderen, etwa der AfD, oft eher aus dem utilitaristischen Gesichtspunkt einer Stärkung des europäischen Bevölkerungsanteils.

Ähnlich steht es auch mit der Kritik an der **LGBTQ- und Gender-Bewegung**. Diese wird ebenfalls auf beiden Seiten weitgehend abgelehnt, da sie als ein Instrument bei der Zersetzung der historischen europäischen Identität gesehen wird, die im wesentlichen auf einem sehr spezifischen Frauen- und Männerbild beruht, welches auch die Grundlage für die europäische Familie bildet. Bei den einen ist diese Ablehnung freilich eine absolute, da religiös begründete; bei den anderen eine relative, die auf gesellschafts- und identitätspolitischen, nicht aber transzendenten Überlegungen beruht und somit eine größere Tolerierung gestattet.

Da die meisten der oben genannten Punkte durch die gegenwärtige **Europäische Union** eine institutionalisierte Unterstützung zu erfahren scheinen, stimmen die im Zentrum dieser Überlegungen stehenden Parteien weitgehend in der Ablehnung der real existierenden EU überein und teilen den Wunsch eines Rückbaus, teils gar einer Auflösung dieser Institution, wobei das Ausmaß jener Forderungen auf beiden Seiten nicht klar umrissen ist. Immerhin ist deutlich, daß die Extremforderung eines Austritts der hier vor allem betroffenen Länder (Polexit, Dexit) gegenwärtig kaum noch gestellt wird und auch in Anbetracht der Europafreundlichkeit der beiden Länder nur wenig Chancen auf Zuspruch finden würde, zumal Deutschland von seinem Export nach Osten und Polen von EU-Geldern aus dem Westen abhängig ist. Die Diskussion

hat sich daher zunehmend auf die Forderung nach einer grundlegenden Reform der EU sowie einer besseren Durchsetzung subsidiärer Strukturen verlagert.

Schließlich und endlich sei im Hinblick auf die **Wirtschaftspolitik** erwähnt, daß beide Gruppierungen sich im Gegensatz zu den gegenwärtig an Boden gewinnenden, nahezu „sozialistischen“ Tendenzen innerhalb der „politisch korrekten“ Parteien auf nationaler wie europäischer Ebene weitgehend für die Aufrechterhaltung eines marktliberalen Systems aussprechen und hierbei auch an der Bedeutung des Nationalstaats als wichtiger Stellschraube beim Schutz der einheimischen Wirtschaft und Gesellschaft vor den Verwerfungen der Weltmärkte oder vor unlauterer Konkurrenz durch die Nachbarstaaten festhalten. Freilich bestehen auch hier charakteristische Unterschiede, doch durchziehen sie beide Parteien gleichermaßen: Während auf seiten der AfD das liberale Modell überwiegt, aber sich in Konkurrenz zu einer (vor allem vom „Flügel“ repräsentierten) starken sozial-nationalen Strömung befindet, stand die PiS zwar lange ebenfalls für ein moderat liberales Modell, setzt in den letzten Jahren aber verstärkt auf zunehmend „linke“ Maßnahmen wie die massive Erhöhung des Kindergeld, die staatliche Beteiligung an Firmen von nationaler Bedeutung und der Kampf um eine Absenkung des Rentenalters.

4. Politische Differenzen

Neben jenen fundamentalen Übereinstimmungen existieren allerdings auch einige grundsätzliche Differenzen, die teils realer, teils imaginärer Art sind, wenn auch zwischen beiden Kategorien eingestandenermaßen nicht immer ganz sauber getrennt werden kann.

4.1. Rußland

Wichtigstes trennendes Element und wohl auf lange Sicht hinweg Zankapfel zwischen beiden Bewegungen stellt die Haltung gegenüber der Russischen Föderation dar. Auch 30 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs bleibt Polen traumatisiert durch die (mit Ausnahme der Zeit der kurzlebigen Zweiten Republik) fast 250 jährige russische Besatzung seines Territoriums, wozu dann noch eine gewisse psychologische Abneigung vor dem „großen“ slawischen Bruder kommt, die neben den üblichen Gründen für solche ambivalente Beziehungen sicherlich auch im katholischen „Sonderweg“ Polens innerhalb der sonst weitgehend orthodoxen slawischen Welt gründet. Ohne Übertreibung wird man sagen können, daß eine grundlegend anti-russische Stimmung mit nur sehr wenigen Ausnahmen die gesamte polnische Parteienwelt durchzieht und auch von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung geteilt wird; eine Sachlage, die sich in absehbarer Zeit auch nicht fundamental ändern wird.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die moderat oder sogar offen zur Schau getragene pro-russische Haltung vieler Politiker der ID wie auch der AfD bei der PiS wie auch in ganz Polen auf ein gewisses Unverständnis stößt, was nicht nur finanzielle Zuwendungen (wie etwa für den „Rassemblement National“) betrifft, sondern auch die Bereitschaft, sich durch Annahme wirtschaftlich interessanter

Angebote aus Rußland individuelle Vorteile zu verschaffen. Dies wird besonders an der Debatte um den Bau der Nord-Stream-2-Pipeline deutlich, in der die polnische Regierung und Bevölkerung einen Verrat der gesamteuropäischen Interessen durch die deutsche Regierung gesehen hat, welche sich um kurzfristiger wirtschaftlicher Vorteile willen langfristig von Rußland abhängig gemacht und einmal mehr Polen umgangen habe. Nicht ganz zu Unrecht warf man – übrigens nicht nur in Polen, sondern auch in Frankreich – der deutschen Regierung vor, einmal mehr von den ansonsten hochgelobten und von den Partnern eingeforderten „europäischen Lösungen“ abgewichen zu sein und die europäischen Nachbarn vor vollendete Tatsachen gestellt zu haben, um einseitig deutsche Interessen zu fördern. Daß die AfD zu den Befürwortern jener Leitung gehört, macht die Beziehungen zwischen dieser Partei und der PiS daher keineswegs einfacher.

Diese Debatte ist mittlerweile aufgrund des baldigen Abschlusses der Leitung weitgehend akademisch geworden und sollte daher nicht mehr im Vordergrund der Diskussion stehen dürfen, aber sie stellt ein Beispiel dafür dar, inwieweit die Frage nach dem Umgang mit Rußland nicht nur die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Regierung, sondern eben auch der AfD belastet, wobei man als weiteres Beispiel die Frage nach der Aufrechterhaltung der europäischen Sanktionen gegenüber Rußland oder der militärischen Einbindung deutscher Truppen in den NATO-Schutz Polens und des Baltikums erwähnen könnte. Immerhin ließe sich im Rahmen des Disputes um Nord-Stream-2 seitens der AfD argumentativ darauf verweisen, daß die entsprechende Divergenz keinen Hinderungsgrund für eine engere Assoziierung zwischen PiS und AfD bzw. zwischen EKR und ID darstellen darf, da die Leitung letztlich ja wesentlich von den deutschen Regierungsparteien initiiert wurde und der diesbezügliche deutsch-polnische Konflikt somit kein Alleinstellungsmerkmal der AfD ist; ähnliches ließe sich auch für einige der anderen oben genannten Punkte anführen.

So unüberwindbar der gesamte Themenkomplex der polnisch-russischen, deutsch-russischen und europäisch-russischen Beziehungen auch ist, so sehr sollte man trotzdem darauf achten, seine letzte tagespolitische Bedeutsamkeit nicht zu überschätzen. Hier ließen sich mehrere Aspekte hervorheben, welche die russische Frage zwar nicht aus der Welt schaffen, aber wenigstens ansatzweise entschärfen könnten. Zum einen sollte man seitens der ID den territorialen Bestand der ostmitteleuropäischen Staaten (inklusive der baltischen Staaten und der sowjetischen Nachfolgestaaten Weißrußland und Ukraine) als unverletzbar betrachten und dies auch klar aussprechen, um die historisch verständliche Einkreisungsangst Polens abzumildern. Sollte es der ID und der AfD mit der Bemühung um eine Einbindung der EKR und Polens ernst sein, so sollte man zudem auch die russische Annexion der Ukraine und den Krieg im Osten dieses Landes nicht lediglich nur deshalb gutheißen oder gar idealisieren, weil diese Entwicklung der verhaßten „politisch korrekten“ europäischen Ordnung einen Schlag ins Gesicht versetzt hat, denn diese kurzfristige Befriedigung politischer Animositäten wäre teuer erkaufte, sollte sie zu langwierigem politischen Zank innerhalb der europäischen konservativen Parteien führen. Sollte es der ID bzw. der AfD mit dem Bündnis mit der EKR und der PiS ernst sein, müßte auf verbale

Abrüstung und größere Neutralität in den russischen Fragen acht gegeben werden.

Ein weiterer Aspekt, der bei künftigen Diskussionen zur Entschärfung der Rußlandfrage ins Feld geführt werden sollte, ist die Tatsache, daß die wahren Probleme des 21. Jh. nicht mehr in der Frontenstellung zwischen dem westlichen Bündnis und Rußland liegen, sondern vielmehr in der Gefahr, welche die chinesische Expansion, der muslimische Fundamentalismus, die afrikanische Armutsimmigration oder die Ideologie politischer Korrektheit für das Überleben und die Identität der europäischen Völker darstellen. Rußland stellt hier nur noch sehr begrenzt ein echtes politisches Schwergewicht dar, sondern zunehmend, wenn auch zutiefst unfreiwillig, den verlängerten Arm Pekings. Bedenkt man zudem die ideologische Nähe zwischen der gegenwärtigen russischen Regierung und den konservativen Kräften Europas, ließe sich darauf verweisen, daß eine konstruktive Einbeziehung Rußlands in das Gefüge der konservativen Kräfte Europas die politische Grenze des Abendlands an den Amur anstatt diejenige Chinas faktisch nach Weißrußland und somit vor die Tore Warschaus tragen würde (wobei zu befürchten steht, daß die polnische Regierung und das polnische Volk wahrscheinlich weniger Abneigung vor einer chinesischen als vor einer russischen Dominanz haben könnten).

Schließlich und endlich könnte darauf hingewiesen werden, daß die EKR-Fraktion schon jetzt Parteien vereint, die sich (wie etwa die niederländische FvD) durchaus prorussisch geäußert haben, und die gegenwärtige polnische Regierung in einem engen Bündnis zu einer ungarischen Regierungspartei steht, die sich ebenfalls äußerst positiv Rußland gegenüber geäußert hat. Doch freilich ändert dies nur wenig daran, daß eine Fusion zwischen ID und EKR (möglicherweise gar unter Einschluß der ungarischen Fidesz) den Fokus der Gesamtpartei wesentlich in die pro-russische Richtung leiten und somit die polnische Haltung in dieser Frage minorisieren würde, was nur dann von Polen akzeptiert werden könnte, wenn es mit ebenso großen Vorteilen auf anderen Feldern wieder aufgewogen werden würde.

Ein letztes Argument ist der Verweis auf die künftige Entwicklung: Wenn eine intensivere Zusammenarbeit zwischen der polnischen PiS und der gegenwärtigen russischen Führung auch gegenwärtig ausgeschlossen scheint, da die ohnehin bestehenden Animositäten noch durch das Trauma des Flugzeugabsturzes von Smolensk und die jüngsten Äußerungen des russischen Präsidenten und seiner Regierungsmitglieder zur polnischen Mitschuld am Zweiten Weltkrieg angestachelt wurden, darf man doch vermuten, daß die früher oder später anstehende russische Nachfolgefrage ein günstiges „Window of Opportunity“ für eine künftige gegenseitige Annäherung eröffnen könnte, auch und vor allem im Kontext der Entwicklung der Verhältnisse zu den USA.

4.2. USA

Hier kommen wir zu einem weiteren Konfliktpunkt zwischen ID und EKR wie auch zwischen AfD und PiS: der Haltung gegenüber den USA. Freilich haben auch

hier die gegenwärtigen Fakten und vor allem die Aussicht auf zukünftige Entwicklungen längst einige immer noch problematisch scheinende Konfliktfelder überholt, wenn dies auch noch nicht von allen Beteiligten vollständig verstanden worden ist. Aus polnischer Perspektive ist die Ausgangslage einfach: Angesichts der stets wachen Angst vor einer deutsch-russischen Einkreisung, angesichts der zunehmend negativen Haltung der EU, angesichts des politischen Desinteresses Frankreich an Osteuropa wie auch angesichts der tiefen polnischen Dankbarkeit für die amerikanische Befreiung von russisch-sozialistischer Dominanz sind die USA aus polnischer Sicht nicht etwa die idealen, sondern einfach nur die einzigen Bündnispartner: Die atlantische Ausrichtung entspricht also nicht einer freien Wahl, sondern vor allem dem Fehlen attraktiver anderer Optionen. Anders die Haltung der westeuropäischen Konservativen: Für sie stehen die USA seit mehr als hundert Jahren gleichbedeutend mit zivilisatorischer Amerikanisierung, wirtschaftlichem Imperialismus, rücksichtslosem Weltpolizistentum und kultureller Nivellierung, und werden auch lange Zeit nach dem Ende des Ersten und Zweiten Weltkriegs zumindest in einigen Staaten Europas immer noch unterschwellig als ehemalige Feinde betrachtet. Dementsprechend wird nicht nur die NATO, sondern auch die EU weitgehend als Instrument der amerikanischen Hegemonie angesehen, während man in der Doktrin „politischer Korrektheit“ mitsamt ihrer Idealisierung von Multikulturalismus, LGBTQ-Rechten und Konsumkult eine wesentlich amerikanische Erfindung sieht, so daß die polnische Nähe zu den USA auf großes Unverständnis seitens der westeuropäischen Konservativen stößt.

Doch auch dieser scheinbare Widerspruch ist dabei sich aufzulösen, und eine Annäherung zwischen PiS und AfD bzw. der EKR und der ID ließe sich befördern, indem man diese neuen Realitäten klar erkennt und rasch verbalisiert. Denn solange die USA durch demokratische Präsidenten wie Obama regiert wurden, mochte dieser Gegensatz tatsächlich unauflöslich scheinen; die Präsidentschaftswahl Donald Trumps hat hier allerdings viel verändert. Westliche Konservative dürften zwar durch seine Wahl nur wenig von ihrer anti-amerikanischen Grundrichtung abgerückt sein, doch für die PiS bedeutete die Wahl eines Präsidenten, dessen kulturkonservativen Ansichten in so offensichtlichem Einklang mit denen der damals ebenfalls recht neuen konservativen polnischen Regierung stehen, einen ausgesprochenen Glücksfall, der langfristig aber zur Gefahr werden kann. Während die amerikanischen Demokraten und die polnische „Bürgerplattform“ weitgehend ebenso ähnliche Positionen teilten wie die Trump'schen Republikaner und die polnische PiS, ist abzusehen, daß ein Bruch jener Symmetrie schwerwiegende politische Folgen für die polnische Stellung in Europa haben könnte: Sollte Trump abgewählt oder doch wesentlich geschwächt werden, könnte gerade die enthusiastische Übereinstimmung der PiS mit seinen konservativen Ansichten die künftigen Beziehungen zu den USA belasten, wie bereits jetzt schon in den Bemühungen Washingtons deutlich wird, den Konflikt zwischen Warschau und Brüssel nicht eskalieren zu lassen.

Schon jetzt zeigen die Äußerungen etwa des amerikanischen Botschafters bei der EU ebenso wie die der amerikanischen Botschafterin in Warschau, daß die nationalkonservative Haltung der polnischen Regierung vielleicht beim

Präsidenten, nicht aber seiner Verwaltung auf Gegenliebe stößt, und es könnte der Moment kommen, wo die polnische strategische Position als Glacis gegen Rußland nicht mehr zum Vorteil, sondern zum Nachteil der polnischen Regierung ausschlagen könnte – dann nämlich, wenn die US-Regierung sich aus taktischen oder ideologischen Gründen eine Sonderbeziehung mit einem als „semi-diktatorisch“ verschrieenen Polen nicht mehr leisten kann und daher einen Regime-Change anstrebt. Daß Polen in dieser Situation sowohl dem Druck aus Brüssel wie auch dem aus Washington und schließlich der Feindseligkeit Moskaus erfolgreich widerstehen kann, ist mehr als fraglich. Dies ist auch jetzt schon der polnischen Regierung bewußt, und die Notwendigkeit eines Abrückens von einer ausschließlich auf Washington bezogenen Politik und das Bemühen um eine Diversifizierung potentieller Bündnispartner könnte in den weiteren Diskussionen über eine bessere Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Konservativen ein wichtiger Gesprächspunkt werden.

4.3. Erinnerungspolitik und Reparationsforderungen

Ein weiterer Konfliktpunkt zwischen ID und EKR, der vor allem auf den deutsch-polnischen Beziehungen beruht, ist die große Rolle der Erinnerungspolitik sowohl für die AfD als auch für die PiS. Beide Parteien gründen ihr Selbstverständnis auf der Suche nach einem positiven Verhältnis zur eigenen nationalen Vergangenheit, was freilich angesichts des ungebrochenen polnischen Patriotismus auf polnischer Seite einfacher ist als auf der deutschen, wo die traumatische Erfahrung der Greuel des Dritten Reichs ein zutiefst gestörtes Verhältnis zur eigenen Vergangenheit hat entstehen lassen, das bis heute jeglichen Versuch einer „Rehabilitierung“ selbst der lange vor 1933 liegenden Geschichte nahezu unmöglich macht. „Problematisch“ an der (deutschen) Reaktivierung bzw. der (polnischen) Verstärkung patriotischer Gefühle ist ihre Tendenz, gleichzeitig die Wunden der Vergangenheit aufreißen zu lassen und den jeweiligen Nachbarn vor den Kopf zu stoßen. Einige der hieraus entstandenen Verstimmungen sollen weiter unten behandelt werden; wir wollen uns an dieser Stelle vor allem auf die Frage nach dem Ab- bzw. Ausgleich der beiden Staaten in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg konzentrieren.

Es würde zu weit gehen, die Genese der polnischen Reparationsforderungen von ca. 840 Milliarden € ausführlich nachzuzeichnen; klar ist, daß Polen zwar 62% seiner Industrie, 84% seiner Infrastruktur und 17% seiner Bevölkerung verlor, die insgesamt von Deutschland bislang geleisteten Reparationszahlungen allerdings insgesamt nur 2% der ermittelten materiellen Schäden decken, so daß Polen von allen europäischen Staaten faktisch die geringsten Entschädigungen (gemessen am Ausmaß der Zerstörungen) erhalten hat. Daß Polen 1953 und 1970 entsprechende Verzichtserklärungen unterzeichnete und 1990 keine expliziten Forderungen erhob, wird von der polnischen Regierung als staatsrechtlich ungültig betrachtet, da Polen zum entsprechenden Zeitraum unter sowjetischer Dominanz war und nur über beschränkte Souveränität verfügte. Das zwar nicht öffentlich, aber informell immer wieder ins Spiel gebrachte Argument von den ehemaligen deutschen Ostgebieten hingegen, welche oft genug als Kompensation für die Kriegsschäden angeführt werden, wird von polnischer Seite damit

aufgerechnet, daß Polen im Gegenzug erheblich größere Gebiete als die neugewonnenen an die Sowjetunion verloren hat, welche in etwa den Stalin im Ribbentrop-Molotov-Pakt zugesicherten Gebieten entsprechen. Der dann häufig zu hörende Verweis, Polen möge sich dann bei den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion bzw. bei der russischen Föderation beklagen, nicht aber bei Deutschland, ist in Anbetracht der politischen Beziehungen Polens zu Rußland natürlich wenig hilfreich, ja sogar kontraproduktiv und letztlich auch nicht ganz gerecht, als Rußland im Gegensatz zu Deutschland ja keinen dauerhaft hervorgehobenen Anspruch auf Einsicht in seine Fehler sowie seine fundamentale moralische „Besserung“ erhebt und auch nicht Teil einer Polen umfassenden, auf Vertrauen und Ausgleich gegründeten suprastaatlichen Entität wie der Europäischen Union ist.

Die Situation ist unlösbar, denn es ist klar, daß Deutschland die entsprechende Reparationssumme (mehr als die Steuereinnahmen eines gesamten Jahres) natürlich niemals begleichen wird, umso mehr, als dies die Tür für ähnliche Forderungen zahlreicher anderer Staaten öffnen würde und eine gefährliche Konstellation schaffen würde, die – blendet man die unterschiedlich gelagerte Frage nach der Kriegsschuld aus – derjenigen nach dem Versailler Vertrag ähneln würde. Im Hinblick auf eine engere Zusammenarbeit der europäischen Konservativen war es freilich ein taktischer Fehler, daß die AfD sich der Bundesregierung in ihrer Ablehnung der polnischen Forderungen demonstrativ angeschlossen hat, ohne ihre Haltung insoweit zu nuancieren, um sowohl im Inneren wie auch in Polen politisches Kapital aus dieser Haltung zu schlagen. Man dachte wohl, durch die Ablehnung der Reparationsfrage die eigenen, weitgehend patriotisch-national eingestellten Wähler billig zufriedenstellen zu können, doch handelte es sich hierbei letztlich nur um ein unfreiwilliges Geschenk an die Bundesregierung: Zum einen konnte diese sich mit Unterstützung der AfD als Verteidigerin deutscher Interessen präsentieren und machte somit die AfD gewissermaßen nutzlos; zum anderen verprellte man den potentiellen polnischen Partner ohne jeglichen Gewinn.

Eine bessere Argumentation wäre es gewesen – und könnte es in Zukunft immer noch sein –, die Reparationsforderungen zwar abzulehnen, gleichzeitig aber Verständnis für den Zeitpunkt zu äußern, an dem Polen sie vorbringt. Denn 2017, als das Thema breit besprochen wurde, war gleichzeitig der Höhepunkt der Diskussionen um eine „freiwillige“ Verteilung der seit 2015 auf deutsche Veranlassung nach Europa eingelassenen Migrantenströme, welche aber nunmehr, nachdem klargeworden war, daß die Bundesregierung sich mit ihrer Entscheidung logistisch wie innenpolitisch überhoben hatte, an die Nachbarn delegiert werden sollten. Daß Deutschland, das sich in einer für die Nachbarn geradezu penetranten Weise beständig darauf beruft, aus seiner Vergangenheit „gelernt“ zu haben, und das aus dieser Verarbeitung den nicht nur indirekt, sondern oft genug auch direkt vorgetragenen Anspruch auf moralische Höherwertigkeit ableitet, nunmehr Polen dafür kritisierte, sich seinerseits nicht an der Bewältigung der einseitig eingelassenen Flüchtlingsströme zu beteiligen, ist vielen Polen als Neuauflage der Kriegsjahre erschienen, als das Deutsche Reich mit einer ähnlichen Berufung auf die eigene (diesmal russische) Höherwertigkeit ebenfalls die „völkische“ Zusammensetzung Polens radikal nach seinem

Gutdünken umgestalten wollte. Hier wurden von der Bundesregierung unbedacht kaum verheilte, tiefe historische Wunden aufgerissen und das bislang recht gute deutsch-polnische Verhältnis dauerhaft gestört, so daß es aus polnischer Perspektive logisch war, der deutschen Regierung zunächst einmal die Abrechnung für die letzten deutschen „Umgestaltungspläne“ Osteuropas auszuhändigen, bevor es sich erneut an eine Umstrukturierung der ethnischen und kulturellen Zusammensetzung Polens machen sollte.

Es war in dieser Hinsicht unklug seitens der AfD, die deutsche Regierung Polen gegenüber gedankenlos zu stützen, da sie hierdurch zusammen mit der Regierung einen Teil ihres politischen Kapitals verspielte: Anstatt Verständnis dafür zu äußern, daß Polen eine Umsetzung des Merkel'schen Immigrationsplans nur unter der (bewußt unmöglich gehaltenen) Bedingung eines finanziellen Ruins Deutschlands akzeptieren würde, und somit die Reparationsforderung als weitgehend rhetorisches Argument im Kampf gegen eine ebenfalls von der AfD abgelehnte Migrationspolitik zu verstehen, sprang die AfD in die Bresche und verteidigte mit ihrem eigenen Ruf den der Bundesregierung, so daß sie infolge jener Krise in der polnischen Öffentlichkeit als eine anti-polnische Partei gesehen werden konnte. Es wäre daher günstig, wenn in der Zukunft jener Fehler vermieden werden könnte und jene Reparationsforderungen als das begriffen würden, als das sie ursprünglich gedacht waren; nämlich als eine Reaktion auf den deutschen Umgang mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“.

4.4. Werte

Ein nicht unwesentlicher weiterer Aspekt bei den gegenseitigen Beziehungen zwischen ID und EKR ebenso wie zwischen PiS und AfD ist die große, ja wahrscheinlich fundamentale Bedeutung des christlichen (und hier natürlich vor allem katholischen) Glaubens für die PiS. Auch, wenn es mittlerweile in Polen einen leichten Abwärtstrend bei Kirchenbesuchen und Priester-Neuweihe gibt, bleibt der Katholizismus, zusammen mit der polnischen Sprache und dem Stolz auf die eigene Geschichte, eines der fundamentalen Standbeine polnischen Wesens, zumal er als ein wesentlicher Faktor bei der Aufrechterhaltung der polnischen Identität in den Zeiten der Teilung und der Besatzung gesehen wird und eine treibende Kraft hinter der Gewerkschaftsbewegung war, welche schließlich den Sturz des Kommunismus in Polen und Osteuropa einleitete.

Der Katholizismus ist somit zu einem unverhandelbaren Bestandteil der Identität der polnischen Konservativen, allen voran der PiS, geworden und trifft daher bei der AfD manchmal auf Unverständnis; sei es von seiten der Protestanten, sei es von seiten „progressiver“ Katholiken, sei es von seiten der vor allem in Ostdeutschland zahlreichen Atheisten. Dementsprechend nimmt sich auch die Wertedebatte in Polen etwas anders aus als in Deutschland: Während in Polen selbst die Aufklärung (ganz im Gegensatz zu Frankreich oder Deutschland) ein weitgehend innerkirchliches Phänomen war und somit ein Hochhalten der eigenen Vergangenheit immer auch ein positives Verhältnis zur katholischen Kirche bedeutet (was freilich auch in Polen angesichts der modernistischen Bestrebungen innerhalb der Kirche nicht immer unproblematisch ist), kann die

Berufung auf die traditionellen Werte Europas, wie wir sie bei den westeuropäischen Konservativen finden können, zweierlei bedeuten: Zum einen tatsächlich den Hinweis auf das christliche Erbe und seinen Reichtum, zum anderen aber auch den auf die „Befreiung“ von eben diesen Werten durch Laizität und Rationalismus.

Dies erklärt auch, wieso einige der Programmpunkte, die von AfD und PiS geteilt werden, sich zumindest im Geist verschiedener Politiker unterschiedlichen Motivationen verdanken, wie etwa die Haltung gegenüber der Abtreibung oder der LGBTQ-Bewegung. Während sich die polnische Position hier nur sehr langsam verändert wird, und dann wahrscheinlich dem Zeitgeist entsprechend im Sinne einer Aufweichung oder Rationalisierung, ist noch unklar, wie die AfD sich weiterentwickeln wird, da sie wie in vielen anderen Bereichen eher durch den Protest gegen das Bestehende als durch ein einheitliches, „positives“ Programm zusammengehalten wird. Und so finden wir denn auch in der AfD ebenso starke christliche Strömungen wie solche, die klare laizistische und materialistische Positionen verfechten. Dies macht es hier eben auch schwer, ein positives Zukunftsbild zu entwerfen, da keine Übereinstimmung bei der Bewertung der Vergangenheit herrscht: Plakativ ausgedrückt besteht für die einen die Verteidigung der „europäischen Werte“ darin, sexuelle Freizügigkeit gegen die Gefahr des muslimischen Puritanismus zu verteidigen, für die anderen aber vielmehr darin, im Namen derselben, freilich anders gedeuteten „europäischen Werte“ eben diese Freizügigkeit einzuschränken, in denen die Wurzel des gegenwärtigen Verfalls von Familie, Ehe und Sitte gesehen wird.

Da es seitens der AfD hier keine gefestigte innere Position gibt, läßt sich schwer eine künftige Zusammenarbeit skizzieren; es sei immerhin die persönliche Bemerkung des Historikers erlaubt, daß Rückdrängung ebenso wie sinnvolle Integration einer fremden Religion ebenso wie die Stabilisierung einer zerfallenden und über-individualistischen Gesellschaft unter den Vorzeichen eines positiven Verhältnisses zur eigenen religiösen Identität einfacher zu bewältigen ist als unter denen eines rein abstrakten und rationalistischen Zugangs zu Fragen von Identität, Werten und Solidarität.

4.5. EU-Subsidien

EKR und ID scheinen in ihrer Abneigung gegenüber der gegenwärtigen EU weitgehend übereinzustimmen, ebenso wie AfD und PiS. Allerdings bestehen zwei Aspekte, welche künftige Bruchlinien markieren könnten, wenn sie dies auch (erstaunlicherweise) noch nicht tun und auch in den Gesprächen mit den Beteiligten nie oder doch nur ganz peripher erwähnt wurden.

Der erste Punkt betrifft die genuin unterschiedliche Haltung gegenüber Notwendigkeit und Höhe der EU-Subsidien, allen voran natürlich im Bereich der Landwirtschaft: Während die AfD hier eine starke Verringerung der ausgezahlten Gelder anstrebt, generell mit dem Verweis, es handle sich hierbei um eine langfristig ungerechte, da einseitige Verteilung von Geldern aus Deutschland an seine Nachbarn, muß der PiS (wie allen polnischen Regierungen) daran gelegen

sein, diese Gelder weiter in voller Höhe zu erhalten. Doch freilich ist dieser Punkt insoweit kein Alleinstellungsmerkmal der AfD, als eben auch alle anderen größeren deutschen Parteien eine Verringerung der deutschen Beiträge anstreben, und alle größeren Parteien der anderen Staaten am Prinzip der gegenwärtigen Verteilung festhalten, so daß zumindest dieser Punkt einem möglichen Verständnis nicht im Wege stehen dürfte.

Ein zweiter, eng damit verbundener Punkt liegt in der Einschätzung der Machtverhältnisse innerhalb der EU: Während die AfD, so wie die meisten deutschen Parteien (mit Ausnahme des linken Spektrums), der Überzeugung sind, Deutschland befinde sich innerhalb der EU in einer Situation beständiger Ausbeutung und habe machtpolitisch der geballten Kraft der anderen EU-Länder nur wenig entgegenzusetzen (bzw. werde von einer Regierung geleitet, die eine solche Gegenwehr unklugerweise unterlasse), sind die meisten anderen europäischen Parteien, die PiS inklusive, der Meinung, die EU sei wesentlich von deutschen Interessen gesteuert und das wahre Machtzentrum liege, bildlich gesprochen, nicht in Brüssel, sondern vielmehr in Berlin. Dies betrifft dann auch die unterschiedliche Deutung der deutschen EU-Subsidien: Für die einen ist es ein Nettoverlust im Namen einer zur Ausbeutung gewordenen Solidarität, für die anderen ein Ausgleich für die Tatsache, daß ein Großteil der investierten Gelder in der einen oder anderen Weise vor allem in die deutsche Exportindustrie zurückfließt.

4.6. Die AfD als „rechtsradikale“ Partei

Neben jenen realen Problemen bestehen allerdings auch einige Konfliktpunkte, die man mehr oder weniger als imaginär betrachten könnte, die aber kurioserweise insgesamt eine erheblich größere Bedeutung in der gegenwärtigen Situation besitzen als die ersteren. Es handelt sich hierbei um eine Reihe von Vorurteilen gegenüber der AfD, die mittlerweile auch in Polen zum festen Bestandteil der öffentlichen Meinung gehören, letztlich aber nur dadurch entstanden sind, daß die Berichterstattung der deutschen Medien mehr oder weniger unverändert übernommen wurde.

Ein erster, wohl wichtigster Punkt ist die allgemeine Überzeugung der polnischen Öffentlichkeit, die AfD sei eine rechtsradikale, ja geradezu neonationalsozialistische Partei, was in Anbetracht der historischen Erfahrung gerade Polens mit dem Nationalsozialismus ein schweres, wahrscheinlich das schwerste Problem für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der AfD und PiS darstellt. So sind Aussagen wie die vom Dritten Reich als „Vogelschiff“ auf der deutschen Geschichte, vom Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“, von den Leistungen der Wehrmacht oder vom „Au(s)schwitz(en)“ politischer Gegner auch in der polnischen Presse breit rezipiert worden, und das natürlich genau unter den von der deutschen Presse bereits vorgegebenen, überaus negativen Lesart. Auch die kürzlich geschehene Aufstellung eines Gedenksteins für die deutschen Freikorpskämpfer in Bytom wurde aufmerksam und mit großem Unverständnis betrachtet, ebenso wie die häufigen Debatten um den „Flügel“.

Ein weiterer Punkt in dieser Hinsicht ist die in Polen herrschende Ansicht, die AfD sei eine revisionistische Partei, welche, einmal an der Macht, die ehemaligen deutschen Ostgebiete und heutigen polnischen Westgebiete in der einen oder anderen Weise zurückfordern könnte, möglicherweise nach einem Interessensausgleich mit Rußland. Gerade aufgrund dieser bis in die Erfahrungen des 18. Jh.s zurückgehenden Angst wurde die Wahl von Erika Steinbach, der langjährigen Präsidentin des in Polen genau betrachteten „Bundes der Vertriebenen“ (1998-2014), welche 2007 die PiS mit der NPD verglich, zur Vorsitzenden der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung mit einiger Besorgnis betrachtet und näherte in Polen die Befürchtung, die AfD hege bestenfalls antipolnische, schlimmstenfalls revisionistische Ziele.

Schließlich ist zu erwähnen, daß die AfD in weiten Teilen der polnischen Öffentlichkeit als antisemitisch verschrien ist, was einmal mehr der Übernahme stereotyper Darstellungen der deutschen Medien zu verdanken ist, gerade in Polen aber die angebliche Gleichsetzung mit einer neo-nationalsozialistischen Ausrichtung noch verstärkt; ein Vorurteil, dem auch die Gründung der „Juden in der AfD“ nicht beikommen konnte, welche bei Bedarf als „falsche Juden“ abgetan werden.

Nun wird man zweifellos in der AfD tatsächlich nationalromantische und sozialnationalistische Strömungen finden, vor denen zu hüten gerade polnische Parteien wohlberaten sind, und der schon lange andauernde Selbstfindungsprozeß des „gärrigen Haufens“ AfD ist kaum dazu geeignet, viel Vorschußvertrauen aufzubauen, so daß eine gewisse Distanzierung nicht unverständlich, wenn auch sicherlich einem Großteil der Parteimitglieder und ihren Absichten gegenüber ungerecht ist. Man mag hier einwenden, daß die PiS im Rahmen der EKR bereits mit den „Fratelli d’Italia“ verbunden sind, die tatsächlich in direkter Linie mit dem originären Neofaschismus verbunden sind, doch ist es diesen im Gegensatz zur AfD gelungen, die parteipolitische Quarantäne durch ein Bündnis mit Berlusconi zu durchbrechen, und ferner – und das dürfte der wichtigste Punkt sein – weckt selbst der italienische Faschismus in seiner Reinform aufgrund mangelnder damaliger politischer Kontaktflächen weniger historische Aversionsgefühle im polnischen Unterbewußtsein als eben die Erfahrung der nationalsozialistischen Besetzung, die selber ja nur als „Krönung“ der 250 Jahre zurückliegenden polnischen Teilungen betrachtet wurde.

Insgesamt wird man allerdings zu Recht vermuten dürfen, daß die polnische Öffentlichkeit ein schlechteres Bild der AfD hat als die polnischen Europaabgeordneten, welche aufgrund ihrer internationalen Anbindung und ihrer alltäglichen, direkten und indirekten Erfahrung mit AfD-Abgeordneten ein differenzierteres Urteil hegen. Doch bereits für viele der Abgeordneten in den beiden polnischen Kammern dürfte dies nicht mehr gelten, zumal die Kenntnis des Englischen (oder Deutschen) bei Polen, welche noch in sozialistischen Zeiten aufgewachsen sind, recht ungenügend ist, so daß es ihnen schwer fällt, sich ein eigenes Bild zu erarbeiten (wobei noch hinzugefügt werden muß, daß der Eindruck, den die englisch- oder deutschsprachigen Leitmedien von der AfD

vermitteln, kaum ein objektiveres Bild vermittelt als jenes, das ohnehin bereits in Polen kursiert). Doch selbst, sollte es möglich wäre, den entscheidenden Stellen der PiS wie auch der polnischen Regierung ein adäquateres Bild von den Zielen der AfD zu vermitteln, wird es schwierig sein, die öffentliche Meinung ohne eine längere Vorbereitung zu einem bündnispolitischen Umschwenken zu überzeugen, was wiederum eine klare und bewußte politische Initiative der AfD gegenüber der PiS voraussetzen würde und angesichts der innerdeutschen Pressesituation, welche schließlich wichtigste Quelle für die internationale Berichterstattung ist, den Aufbau eines eigenen Mediendienstes erfordern würde. Sollte eine solche mediale Vorbereitungszeit nicht möglich sein, dürfte eine Verbindung mit der AfD daher tatsächlich nur über den Weg einer generellen Neustrukturierung der patriotischen Parteien des Europaparlaments gehen, nicht aber durch den eines bewußten bilateralen (oder, unter Einschluß des „Rassemblement National“ und der „Lega“, quadrilateralen) Einverständnisses.

5. Vergleich der machtpolitischen Interessen an einem Zusammengehen

Bevor wir zu einigen Überlegungen über die konkreten Beziehungen zwischen EKR und ID, dargestellt am Beispiel von PiS und AfD, sowie möglichen Verbesserungsvorschlägen kommen, wollen wir zunächst die Machtverhältnisse ausloten, die sich aus der Antwort auf die wichtigste strategische Frage ergeben: Welches Interesse hat die AfD überhaupt an einem Bündnis mit der PiS – und umgekehrt?

Das Interesse der AfD an einem Bündnis mit PiS ist offensichtlich. Gegenwärtig befindet sich in der ID-Fraktion keine politische Partei mehr mit einer nennenswerten Beteiligung an nationalen Regierungen; die PiS allerdings verfügt nunmehr schon zum zweiten Mal in Folge über eine komfortable Parlamentsmehrheit und stellt die Regierung des mittlerweile fünftgrößten EU-Mitglieds. Eine Allianz mit der PiS würde der AfD nicht nur ein enormes politisches Hinterland verschaffen, es würde sie auch teilweise aus ihrer gegenwärtigen mißlichen Lage befreien, in den Leitmedien als rechtspopulistische, faschistoide, antisemitische und sogar das Dritte Reich verharmlosende Partei zu gelten, da die explizite Sympathie einer polnischen Regierung, die stellvertretend für das erste (und zudem eines der schwersten) Opfer des Nationalsozialismus steht, durchaus eine wichtige Rolle bei der „Normalisierung“ der AfD in der deutschen Parteienlandschaft spielen könnte. Alle diese Vorteile würden natürlich schwinden, sollte die AfD sich entscheiden, lieber eine Allianz mit der polnischen „Konfederacja Wolność i Niepodległość“ einzugehen, welche 2019 bei den polnischen Parlamentswahlen gerade 6,81% der Stimmen erhielt, nachdem sie im selben Jahr bei den Wahlen zum EU-Parlament mit 4,55% den Einzug verpaßt hatte, somit also auf absehbare Zeit nur eine sehr geringe Rolle in der polnischen Parteienlandschaft spielen wird. Zudem würde ein Bündnis mit der betont christlichen PiS auch einen Teil der Seinsberechtigung der CDU brechen können und zudem der gegenwärtigen AfD-Kritik der deutschen Kirchen einiges von ihrer Glaubwürdigkeit nehmen können. Eine Ausdehnung des bisherigen Bündnisses zwischen Lega, AfD und RN nach Polen (und über Vermittlung der EKR auch zur Vox nach Spanien) würde

schließlich auch einen durchgehenden konservativen Block einiger der wichtigsten verbleibenden europäischen Staaten bilden und somit auch die AfD fest in eine kaum mehr zu vernachlässigende patriotische Parteienlandschaft einbinden, die ihrerseits viel dazu beitragen könnte, sie zu entdämonisieren und ihr auch ein klareres programmatisches Profil zu geben.

Das Interesse der PiS an einer Allianz selbst mit der AfD bzw. dem Rassemblement National und der Lega ist erheblich geringer, zumindest in kurzfristiger Perspektive.

Zum einen kämpft die PiS selber in den europäischen Medien gegen das Vorurteil des politischen Extremismus und befindet sich, seit sie an der Regierung ist, wegen angeblicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit regelmäßig am Pranger; ein Bündnis mit den drei allseits bekanntesten und verschriensten „rechtspopulistischen“ Parteien Europas würde daher ihr Glaubwürdigkeitsproblem in den Medien sicherlich noch verschärfen. Dies gilt auch für den Kontakt zu anderen europäischen Regierungen: Während die PiS gegenwärtig tagtäglich auf Augenhöhe mit „politisch korrekten“ Regierungen in Frankreich, Deutschland und Italien verhandelt und nicht unwesentlich vom guten Willen der Partner abhängig ist, was die wirtschaftliche Entwicklung des Landes betrifft, so würde ein expliziter Zusammenschluß mit den drei größten Oppositionsparteien beider Staaten die PiS in eine strategische Schiefelage bringen, welche auch unmittelbare politische und wirtschaftliche Konsequenzen in einer ohnehin bereits angespannten Lage hat. Man mag hier (wie auch in vorletztem Punkt) einwenden, daß die Brücken gewissermaßen ohnehin abgebrannt seien und weder Medien, noch europäische Partner Polen wesentlich schlechter behandeln können, als dies gegenwärtig der Fall ist; ein gewisses Risiko würde eine solche dezidierte politische Umorientierung für das sehr risiko-feindliche Polen trotzdem bringen. Ein letzter und sicherlich ebenfalls zentraler Punkt sind die gegenwärtigen Machtverhältnisse innerhalb der EKR: Seit dem Ausscheiden der britischen Partner stellt die PiS mit 25 von 61 Abgeordneten die weitaus stärkste Gruppe, wobei keine der anderen Mitgliedsparteien der EKR mehr als jeweils 4 Abgeordneten stellt. Dies macht aus der EKR eine wesentlich polnisch dominierte EP-Fraktion und sichert der PiS damit eine nicht unbeträchtliche Autonomie auf europäischer Ebene, die freilich im Falle einer Fusion mit der gegenwärtig 76 Mitgliedern zählenden ID nicht mehr gegeben wäre, denn wenn die hieraus resultierende Fraktion auch die drittgrößte des Europäischen Parlaments wäre, fände sich die PiS doch in einer erheblich schwächeren Situation mit nur 25 von 137 Abgeordneten, von denen 29 der italienischen Lega, 21 dem Rassemblement National und 11 der AfD angehören würden.

Nur mittel- bis langfristig würde ein Zusammenschluß aus der Perspektive der PiS einen gewissen Sinn machen, denn zum einen kann nicht ausgeschlossen werden, daß die PiS ihre gegenwärtige Machtposition im polnischen Parlament einbüßen oder einer ihrer potentiellen Partner der ID, etwa der RN oder die Lega, Regierungsverantwortung ausüben könnte, so daß eine engere Verzahnung mit ideologisch gleichgearteten Parteien den eigenen Positionen einen nicht uninteressanten, gegenwärtig fehlenden Resonanzboden verleihen könnte. Auch

würde eine solche Allianz es Polen ermöglichen, das seit langer Zeit verfestigte Trauma der Einkesselung von Ost wie West zu überwinden und von einer Position der mehr oder weniger völligen ideologischen Isolation, aus der der PiS nur ihr Status als Regierungspartei ansatzweise Ausflucht bietet, in die eines festen und wertvollen Bestandteils der europäischen konservativen Parteienfamilie zu gelangen. Freilich ist aber nicht zu vergessen, daß für Polen allgemein und die PiS im besonderen noch eine dritte Alternative zu europapolitischer Isolation bzw. dem Aufgehen in einer großen patriotischen Partei besteht: die Hoffnung, daß das für die nächsten Jahre nicht unwahrscheinliche Ausscheiden der ungarischen Fidesz aus der EVP mit ihren insgesamt 12 Abgeordneten, denen sich sicherlich noch weitere im rechtskonservativen Bereich angesiedelte Parteien hinzugesellen würden, etwa die kroatische Regierungspartei HDZ (4 Abgeordnete), die slowakische Regierungspartei OĽaNO (1 Abgeordneter), die bulgarische Regierungspartei GERB (6 Abgeordnete) und rumänische Parteien wie die UDMR anschließen könnten, so daß eine solchermaßen vergrößerte EKR zu einem wesentlich ostmittel- und südosteuropäisch orientierten Interessensverband werden könnte. Dies würde der PiS ein Mittel an die Hand geben, die EKR zu einem weiteren Instrument für seine Visegrad-4- und Trimariumspolitik umzugestalten und angesichts der hohen Regierungsbeteiligung der entsprechenden Parteien zu einem wichtigen Forum für konkrete Entscheidungen auszubauen, ohne doch eine immer noch komfortable Präsenz polnischer Abgeordneter aufs Spiel zu setzen; was umso wichtiger ist, als die betroffenen Länder als Netto-Subsidienempfänger und kulturell recht homogene Bevölkerungen zahlreiche gemeinsame Interessen zu verteidigen haben.

6. Empfehlungen für weiteres Vorgehen

Die Perspektiven für einen institutionellen Zusammenschluß zwischen ID und EKR und vor allem zwischen der AfD und der PiS sind unter den oben genannten Voraussetzungen nicht gerade günstig, doch ist die gegenwärtige politische Lage infolge der Covid-19-Pandemie und der zu erwartenden wirtschaftlichen Krise so volatil, daß die geschilderten, noch wesentlich der Vorkrisenzeit entstammenden Ausgangsbedingungen sich rasch ändern können, ebenso wie die politischen Mehrheitsverhältnisse zumindest im Bereich der Meinungsumfragen. Auch muß natürlich getrennt werden zwischen den teils durchaus divergierenden Interessen der AfD und seiner Partner innerhalb der ID wie auch denen der PiS und seiner Partner innerhalb der EKR (in letztem Falle freilich unter der Voraussetzung der sehr asymmetrischen Machtverhältnisse) zum einen, und den Unterschieden zwischen der europäischen und der nationalen Ebene auf der anderen Seite, was hier nur kurz und oberflächlich angesprochen werden konnte.

Direkte Verhandlungen im Sinne einer bloßen Fusion zwischen EKR und ID würden unter den gegenwärtigen Bedingungen nur wenig Sinn machen, da viele der Bedingungen, welche bereits vor einigen Jahren zu einem Scheitern des von Dietmar Holzfeind versuchsweise vermittelten Zusammenschlusses geführt haben, weiterhin dieselben sind (sowohl im außenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich, als auch, was etwa die Rußland-Affinität des

Rassemblement National betrifft) bzw. sich sogar verschlechtert haben (hier wäre die zunehmend negative Darstellung der AfD in den deutschen und polnischen Medien zu vermerken). Erst ab dem Moment, wo die Fidesz die EVP verlassen sollte, könnte es sinnvoll sein, unter diesen neuen Voraussetzungen eine institutionelle Allianz anzubieten, freilich erst nach Abschluß der polnischen Präsidentschaftswahlen, während deren Verlauf jede Annäherung an eine als "extremistisch" verschrieene deutsche Partei eher unwillkommen wäre, zumal ein nicht unbeträchtlicher Teil der Wahlkampagne der PiS auf der Emotionalisierung der „Merkel-Hörigkeit“ der wichtigsten Oppositionspartei, der Bürgerplattform, aufgebaut ist

Doch selbst dann hätte ein solches Vorgehen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn im Vorfeld eine Reihe problematischer Punkte entschärft und Vertrauen aufgebaut werden konnte, was übrigens nicht nur in Anbetracht der europapolitischen, sondern auch der deutsch-polnischen nachbarschaftlichen Situation für die AfD von nicht unbeträchtlichem Nutzen sein könnte, wie bereits oben erwähnt wurde. Wir wollen im folgenden einige rein pragmatisch orientierte Punkte aufzählen, welche ein günstiges Klima zwischen AfD und PiS und somit auch, zumindest teilweise, zwischen ID und EKR schaffen könnten.

1. Viele der oben besprochenen Vorurteile der polnischen Öffentlichkeit wie auch der PiS ließen sich natürlich dadurch abbauen, daß die AfD eine strengere und gezielter **kontrollierte Medienpolitik** entwickelt, um verbale „Ausrutscher“ oder bewußte Provokationen minoritärer Gruppierungen auf ein Minimum zu beschränken bzw. diese dann mit Hilfe dementsprechender innerparteilicher Verfahren zu sanktionieren. Wie bereits erwähnt, ist ein Großteil der herrschenden Verstimmung weniger auf konkrete politische Positionen zurückzuführen denn vielmehr auf die überaus schlechte mediale Darstellung der AfD in den deutschen und den darauf fußenden polnischen Medien: Diese wird man zwar auch nicht kurzfristig durch gezielte Kontrolle der Außendarstellung von Grund auf in ihrer Ausrichtung umkehren können, aber da sie beständig durch Aussagen gestützt zu sein scheinen, die man selbst bei wohlwollender Kontextualisierung nur als diplomatisch extrem unklug bezeichnen kann, besteht durchaus Raum für eine gewisse Verbesserung.
2. Ein weiterer und wahrscheinlich auch wichtigster Punkt ist das Fortsetzen **individueller Gespräche**, um beide Parteien besser miteinander zu vernetzen, Vorurteile abzubauen, ein Gespür für die Sensibilitäten des anderen zu entwickeln und somit eben auch Hemmschwellen zu überwinden. Regelmäßige und zielführende Kontakte bestehen bzw. bestanden etwa zwischen:
 - und sowie,
 - und,
 - und,
 - und sowie,
 - und

Es wäre überaus günstig, diese Gespräche fortzusetzen und die Kontakte auch auf andere Abgeordnete auszudehnen, wobei freilich das Sprachenproblem einer solchen Strategie gewisse Grenzen setzt. Besonders wichtig wäre es, durch entsprechende Einladungen, Interviewvorschläge oder Arbeitsgruppen den Kontakt auch auf die Ebene der nationalen und der regionalen Parlamente und Entscheidungsgremien auszudehnen.

3. Wie bereits mehrfach erwähnt speist sich das polnische Bild der AfD und mutatis mutandis auch des „Rassemblement National“ aus der jeweiligen nationalen Berichterstattung über jene Parteien. Während es aber im französischen Raum zur erfolgreichen Schaffung einer starken Gegenöffentlichkeit gekommen ist, stecken diese Versuche in Deutschland noch in den Kinderschuhen bzw. haben noch nicht die nötige Durchschlagskraft. Da sich dies auch in den nächsten Jahren nur bedingt ändern wird, ist unbedingt vorzuschlagen, daß die AfD jene Informationen, die sie zur Aufklärung der polnischen Öffentlichkeit vermitteln will, aus eigenen Mitteln an die Bevölkerung bringt. So ließe sich mit nur geringen Mitteln eine **polnischsprachige Webseite** schaffen, welche das Programm der AfD, wichtige Reden und tagespolitische Fragen aufnimmt und zur Quelle nicht nur der polnischen Bevölkerung, sondern auch der interessierten Medien und zu einem wichtigen Korrektiv zur einseitigen Übernahme der deutschen regierungsnahen Quellen werden könnte. In dieser Hinsicht sollten auch die Kontakte zu den der politischen Ausrichtung der AfD und der PiS wohlgewogenen Journalisten intensiviert werden, allen voran der polnischen Korrespondenten in Deutschland, um eine ausgewogenere Berichterstattung zu garantieren.
4. Möglicherweise ließe sich zu diesem Zweck sogar ein (formeller oder informeller) **deutsch-polnischer Förderverein** gründen, der als Träger einer solchen Vernetzung dienen könnte und zur beidseitigen konstruktiven Informationspolitik beitragen könnte. Dieser könnte auch für den Austausch von Rednern, für die Organisation von Exkursionen, für gemeinsame Aktionen im Rahmen beiderseitiger Interessensgebiete oder für den Druck bzw. die Verbreitung entsprechender Materialien zur Organisationsplattform werden. Inhaltlich ließe sich dieser Verein etwa auf einer systematischen Darstellung der zahlreichen programmatischen Übereinstimmungen zwischen AfD und PiS begründen, die man auch ansonsten im entsprechenden Kontext häufig betonen sollte.
5. Gegenwärtig stellen die nach dem Fall der Mauer aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gezogenen „Rußlanddeutschen“ eine wichtige Stütze der AfD dar und vermitteln regelmäßig politische und kulturelle Inhalte zwischen Deutschland und Rußland. Es könnte in Hinblick auf die Fragestellung dieses Gutachtens eine interessante Option sein, die politische Botschaft der AfD verstärkt auch der nicht unbedeutenden **polnischen Gemeinschaft Deutschlands** zu vermitteln. Diese ist nach neueren Erhebungen fast 1 Million stark, verfügt

vielfach zumindest über das kommunale Wahlrecht und dürfte in Anbetracht ihres Wahlverhaltens einen interessanten Nährboden für konservative politische Botschaften bilden. Im Verein mit der bereits oben erwähnten Webseite ließe sich eine gezielte Heranführung dieser Minderheit an die Sache der AfD denken und eine daraus resultierende Multiplikatorenwirkung nach Polen selbst erwarten.

6. Ebenso, wie es vielen PiS-Wählern an der notwendigen Kenntnis der inneren Situation Deutschlands und der genauen Zielsetzung der AfD fehlt, so mangelt es auch der AfD und ihren Wählern oft genug an einem besseren **Verständnis polnischer Identität** und Geschichte. Allzu häufig beschränkt sich die Kenntnis des anderen auf einige Versatzstücke wie kulturelle Stereotypen aus der Zeit des Kalten Kriegs sowie oft genug ungenaue und meist emotional aufgeladene Reminiszenzen an den Zweiten Weltkrieg, alles versetzt mit einigen aus den Leitmedien aufgelesenen Bruchstücken zur Tagespolitik. Bedenkt man zudem, daß sowohl die AfD als auch die PiS ihren Erfolg auf einer Mobilisierung der jeweiligen patriotischen Empfindungen gründen, und ein Teil dieses Patriotismus untrennbar verbunden ist mit dem deutsch-polnischen Gegensatz, ist rasch erklärt, wieso Politiker auf beiden Seiten der Grenze schnell den einen oder anderen plakativ anti-deutschen oder anti-polnischen Schuß aus der Hüfte abfeuern, um einen billig erworbenen Applaus von der eigenen Wählerschaft zu gewinnen – leider ohne Beachtung der Tatsache, daß man durch die Bemühung solcher Stereotypen einen potentiellen Bündnispartner verletzt. Ein Minimum an politischer Bildung und Fingerspitzengefühl, was die Gesichtssicht des Nachbarn betrifft, und ein Verzicht auf pauschale Charakterisierungen wären daher unerlässlich und ließen sich zumindest bei wichtigen Entscheidungsträgern durch ein Minimum an didaktischem Aufwand bei der Vermittlung strategischer Argumentationshilfen leicht erreichen.
7. Die von Jörg Meuthen 2018 im polnischen Sejm gehaltene **Rede** ebenso wie die regelmäßigen Stellungnahmen Maximilian Krahs seit 2019 sind in der polnischen Öffentlichkeit breit beachtet und positiv diskutiert worden, da sie der bislang geltenden Einschätzung der AfD widersprechen. Aufgrund dieser Erfahrungen wäre es zu empfehlen, eine positive Dynamik zu schaffen, indem ein hochrangiger AfD-Politiker eine entsprechende Grundsatzrede zum deutsch-polnischen Verhältnis und zu den inhaltlichen Übereinstimmungen zwischen PiS und AfD halten würde, die unter Verwendung der oben genannten Strategien unabhängig von etwaigen medialen einseitigen Darstellungen der polnischen Öffentlichkeit zu vermitteln wäre. Nach Einschätzung des Gutachters würden bereits einige solcher Reden bzw. pointierten Aussagen durchaus ausreichen, das bisher geformte Bild der AfD ins Wanken zu bringen und die Türe für entsprechende Kontakte aufzustoßen; zumindest, falls der Moment der Äußerung strategisch klug gewählt wurde. In Anbetracht des deutsch-polnischen Verhältnisses darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, daß die polnische Öffentlichkeit für positive Signale seitens deutscher Politiker oder sonstiger Persönlichkeiten überaus empfänglich

ist und zudem sehr auf ein positives Verhältnis zum westlichen Nachbarn bedacht ist (im Gegensatz zu Rußland). Ein Gutteil der Verstimmungen zwischen den beiden Ländern wie auch den beiden Parteien ist darauf zurückzuführen, daß die polnische Seite sich von der deutschen nicht verstanden fühlt: Es ginge also zumindest in einer ersten Phase weniger um konkrete wirtschaftliche, gesellschaftliche oder sonstige Absprachen oder Versprechen, sondern vielmehr um das Zeichen eines Entgegenkommens und Beweise der Wertschätzung bzw. zumindest der gleichwertigen Anerkennung polnischer Positionen, Werte und Erfahrungen.

8. Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene ließe sich eine intensivere Zusammenarbeit auch dadurch einleiten, daß man regelmäßig unverbindlich die **Meinung des Partners sondiert** und zumindest informationshalber in die eigene politische Selbstdarstellung einfließen läßt, bei verschiedenen Entscheidungen eine intensivere Konzertation durch Treffen von Delegationen anstrebt oder dauerhafte Arbeitsgemeinschaften für gemeinsame Interessensgebiete gründet, wobei es zumindest in einer ersten Phase weniger um das konkrete Resultat gehen soll als vielmehr um die Nutzung jenes Austauschs zur Entwicklung einer Vertrauensbasis für weitere Schritte.
9. Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden europäischen Fraktionen ebenso wie die zwischen der AfD und PiS sollte zudem regelmäßig in einen **übergreifenden Kontext** gestellt werden, wenn es aus Gründen identitärer Unstimmigkeiten oder politischer Gegensätze zu einem Punkt kommt, der in einen Konflikt zu münden droht. In dieser Hinsicht wäre es wünschenswert, mehr noch als gegenwärtig überparteiliche Tagungen zu Fragen konservativer Identität und Programmatik im 21. Jh. zu organisieren, deren Ziel es sein soll, einen gewissen Grundkonsens zu schaffen, auf dem dann wiederum eine Zusammenarbeit im Einzelnen gegründet werden kann bzw. der es erlaubt, Streitigkeiten ganz auf das jeweilige punktuelle Problem zu begrenzen, ohne dadurch die gesamte Zusammenarbeit in Frage zu stellen.

7. Schluß

Abschließend ließe sich als wohl wichtigster Eindruck dieser Arbeit formulieren, daß die Probleme in den Beziehungen zwischen der EKR und ID im allgemeinen und der PiS und der AfD im besonderen nicht so sehr in konkreten, quantitativ meßbaren politischen Divergenzen liegen: Ein Großteil des Programms ist weitgehend identisch. Zentral scheint eher eine gefühlsmäßige Verstimmung, die zum einen auf dem russischen Trauma Polens beruht, zum anderen auf der extrem negativen Darstellung der AfD (und in einem gewissen Ausmaß auch des RN) in der polnischen Presse, die hier ihrerseits die Probleme der Sicht auf jene Parteien in den jeweiligen Ursprungsländern widerspiegeln. Andere Probleme bestehen freilich ebenfalls, sind aber im Vergleich zu diesen beiden ersten

peripher. Eine jede Annäherung muß daher von diesen beiden Problemfeldern ausgehen. Während das russische Problem unter kurzfristiger Perspektive nur schwer lösbar scheint bzw. nur einigermaßen begrenzt werden kann, wenn der Einschließungsangst Polens mit der Versicherung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems begegnet wird, um jeglichem Ausgleich Berlins und Moskaus auf Kosten Warschaus entgegenzusteuern, scheint das mediale Problem mit ein wenig übersichtlichem Aufwand und dem entsprechenden politischen Willen durchaus lösbar und verspricht vielfältige Vorteile (auch, was die innenpolitische Stellung der AfD in Deutschland betrifft), und das bei überschaubarem Einsatz, erfordert aber freilich ein gewisses Maß an Steuerung und Parteidisziplin, um allgemein aufrecht erhalten zu werden.

Während es kurzfristig nur schwer sein wird, die PiS von einem möglichen Zusammengehen mit der AfD (bzw. der ID) zu überzeugen, da machtpolitisch gegenwärtig nur wenig dafür spricht, sind die Verhältnisse mittel- bis langfristig sicherlich für die Entstehung eines solchen Bündnisses günstiger. Unklar muß bleiben, inwieweit die EKR durch mögliche Aufnahme der Fidesz und anderer ostmittel- und südosteuropäischer Parteien ganz zu einem Instrument des Intermariums werden könnte; was sicherlich umso wahrscheinlicher ist, je weiter West und Ost auch identitär auseinanderdriften. Unsicher bleibt ebenfalls zum gegenwärtigen Datum, inwieweit die gerade erst begonnene Coronavirus-Krise eine beschleunigende Rolle bei diesen Entwicklungen spielen und den Ausgleich für eine rein ost- oder vielmehr für eine gesamteuropäische konservative Europapartei liefern wird (auch im Hinblick auf die zunehmende Verfestigung der Diskussion um den Ausstieg aus der Quarantäne und vor allem der wirtschaftspolitischen Folgemaßnahmen); in jedem Fall drängt die Zeit mehr denn je, die Entwicklung in eine günstige Richtung zu steuern, bevor die sich zusammenballenden wirtschaftlichen und politischen Ereignisse nur noch Reaktionen, nicht mehr Aktionen erlauben. Neben einer „stimmungsmäßigen“ Annäherung der AfD an die PiS zur Erleichterung einer solchen Allianz wäre es ferner von zentraler Bedeutung, die programmatischen Übereinstimmungen der verschiedenen konservativen Bewegungen hervorzuheben und daraus eine halbwegs einheitliche Überzeugung zu synthetisieren, um der – bei AfD und RN besonders ausgeprägten – programmatischen Heterogenität ein Ende zu bereiten, welche zwar in einer bestimmten Wachstumsphase von Vorteil sein mochte, nunmehr aber an ihre natürlichen Grenzen stößt. Angesichts der gegenwärtigen Weltlage ist hier größte Eile geboten, wollen die Konservativen nicht Gefahr laufen, unvorbereitet von den Ereignissen überrollt zu werden.